

Datum: 31.01.2021
Telefon:
Telefax:
soz
jugendarbeit.soz@muenchen.de

Sozialreferat

S-II-KJF/JA

Jahresbericht Kommunales Netzwerk 2020: Stelle für Politische Bildung im Stadtjugendamt

Die Stelle für Politische Bildung besteht im Stadtjugendamt seit 2009 mit einem halben Vollzeitäquivalent und wurde durch den Stadtratsbeschluss „Erweiterte Steuerungsaufgaben des Stadtjugendamtes im Kinderschutz“ 2016 um eine volle weitere Stelle aufgestockt, insbesondere infolge der steigenden Wahrnehmung von Radikalisierungstendenzen bei jungen Menschen. Die beiden sozialpädagogischen Fachkräfte sind u.a. zuständig für Fortbildungen, Workshops und unterstützende Beratung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, Multiplikator*innen sowie Lehrpersonal zum gesamten Themenspektrum Demokratie- und Menschenrechtsbildung, Radikalisierungsprävention, Rechtsextremismus, religiöse und politische Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die Stelle ist spezialisiert auf die pädagogischen Aspekte dieser Themen, insbesondere was jugendtypische Gefährdungslagen und Prävention betrifft. Die Stelle bietet entsprechende Aufklärung, Fortbildung, Beratung und Weitervermittlung an geeignete Maßnahmenträger oder Unterstützungsangebote und vermittelt ggf. auch an zuständige Stellen in den Sozialbürgerhäusern oder im Stadtjugendamt in potentiellen Gefährdungsfällen von Kindern und Jugendlichen. Zur Förderung von partizipativen Projekten im Rahmen der politischen Bildung verfügt die Stelle über einen eigenen kleinen Haushalt.

Das Jahr 2020 war für die Stelle für Politische Bildung wie für die meisten anderen Teile der städtischen Verwaltung ein besonderes Jahr. Einerseits war eine deutliche Zunahme an Interesse für Angebote hinsichtlich Antisemitismus bzw. antisemitismuskritischer Pädagogik spürbar, was angesichts der zunehmenden Zahl von antisemitischen Übergriffen und Beleidigungen begrüßenswert ist. Ebenfalls großes Interesse gab es an Angeboten zum Thema Rassismus als eine andere Form von Ungleichwertigkeitsideologie. Das Interesse daran steht sicherlich in Zusammenhang mit der öffentlichen Aufmerksamkeit zu diesem Thema angesichts der Tötung von George Floyd in den USA und der weltweit erstarkenden Black-lives-matter-Bewegung. Gleichwohl konnten angesichts der Pandemie nur sehr wenige Angebote in Form von Workshops oder Fortbildungen stattfinden, da die meisten als Präsenztermine geplant waren und aufgrund des Pandemiegeschehens abgesagt oder verschoben – teilweise mehrmals im Laufe des Jahres – wurden. Für einige Formate – insbesondere für Vorträge zu bestimmten Fachthemen - ist es gelungen, virtuelle Angebote durchzuführen. Workshopformate, die methodisches Arbeiten, z.B. in Kleingruppen, erfordern, sind virtuell eher schwierig umsetzen, insbesondere in Anbetracht der mangelnden technischen Ausstattung. Gleichwohl wird in allen Fällen versucht, Lösungen zu finden, z.B. durch einstweilige telefonische Beratung.

Besonders auffällig waren im Jahr 2020 die relativ gehäuften antisemitischen, rassistischen oder auch geschichtsrevisionistischen bzw. im Sinne des § 86 a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) strafrechtlich relevanten Vorfälle an Münchner Schulen. In allen Fällen wurde gemeinsam mit der Fachstelle für Demokratie eine Beratung angeboten sowie weitere Unterstützung, z.B. in Form von Fortbildungsveranstaltungen für das Lehrpersonal, geplant.

Ein in Federführung der Stelle für politische Bildung geplanter Fachtag des Stadtjugendamtes

zum Thema Demokratiepädagogik musste aufgrund der Pandemie leider abgesagt werden bzw. wurde verschoben. Ebenso mussten leider einige Aktionen, die im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020 geplant waren, ausfallen, wie z.B. die Workshops zum Thema Menschenrechtsbildung für die Auszubildenden der Landeshauptstadt München oder auch die eigens konzipierte Führung durch das NS-Dokumentationszentrum zum Thema „Jugendhilfe und Jugendamt in München während des Nationalsozialismus“.

Rechtzeitig vor dem Ausbruch der Pandemie konnten Leitlinien zur politischen Bildung bzw. zur Demokratiebildung im Stadtjugendamt unter Beteiligung von Kolleg*innen aller Bereiche des Stadtjugendamtes erarbeitet werden, die demnächst veröffentlicht werden sollen. Im Rahmen des einige Monate andauernden Erarbeitungsprozesses ist es gelungen, dieses wichtige Thema in allen Bereichen zu platzieren und durch die gelungene Mischung von Steuerungsbereichen, Stelle für Politische Bildung und Praxis ein gemeinsames Verständnis von einer Haltung und pädagogischen Arbeit im Sinne des demokratischen Auftrages der Jugendhilfe zu gewinnen. Der Arbeitsprozess wurde von allen Beteiligten als äußerst gewinnbringend und fachlich anregend empfunden.

Um die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in München qualifiziert zu begleiten, wurde 2018 im Stadtjugendamt die „Fachberatung Radikalisierung“ für mögliche Fälle von (kinderschutzrelevanter) Radikalisierung in der Federführung der Stabsstelle Kinderschutz etabliert. Diese Fachberatung bietet der pädagogischen Operative in den Sozialbürgerhäusern und anderen städtischen Institutionen mit Kinderschutzauftrag die Möglichkeit, sich in anonymisierten Verdachtsfällen von Radikalisierung mit Vertretenden des Landeskriminalamtes, der Kriminalpolizei, des psychologischen Dienstes der städtischen Erziehungsberatungsstellen, des Unterstützungsdienstes und der Leitung der Sozialbürgerhäuser sowie der Stabsstelle Kinderschutz und der Stelle für politische Bildung beraten zu lassen. Für diese Fachberatung stand die Stelle für politische Bildung auch 2020 regelmäßig zur Verfügung ebenso wie bei der Umkonzeptionierung dieser Beratungsform, die einer Vergrößerung der Reichweite davon dienen soll.

Im Kontext der Coronapandemie und der damit verbundenen hohen Virulenz von Verschwörungsmythen (mit oftmals antisemitischen Narrativen) waren diese besonders im zweiten Halbjahr ein Schwerpunktthema der Stelle der Politischen Bildung. Für die Mitarbeitenden des Stadtjugendamtes wurde ein ausführlicher Newsletter dazu herausgegeben sowie Vorträge und Beratungsangebote für Fachkräfte der Jugendarbeit/Jugendhilfe gemacht.

Aus dem kleinen eigenen Budget sollten verschiedene jugendpolitische und partizipative Projekte unterstützt werden, die aber leider größtenteils nicht stattfinden konnten.

Die Stelle für Politische Bildung war im Jahr 2020 trotz vieler pandemiebedingter Probleme gut ausgelastet.